

Bezugspreis: Vierteljahr 1,50 RM., monatlich 1,20 RM., wöchentlich 30 Pf., frei ins Haus, vorauszahlbar. Einzelne Hochzeitsnummern 5 Pf., Sonntagsummer mit illustrierter Beilage Die Neue Welt 10 Pf., Beilage: monatlich 1,50 RM. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,50 RM., für das übrige Ausland 4 RM. monatlich. Postbestellungen nehmen in Dänemark, Holland, Ungarn, Schweden u. die Schweiz, Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Erscheint täglich. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Der Anzeigenpreis beträgt, die siebenzehntel Kolonne, je Zeile 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 20 Pf. (gewöhnlich 2 getragene Worte), 1000 weitere Wort 10 Pf. Stellenplätze und Schließungen je Zeile 5 Pf. Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Klare über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Kennzeichnungsgebühr 20 Pf. Familien-Anzeigen 50 Pf., politische u. gewerkschaftliche Beirats-Anzeigen 40 Pf. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmitt. im Hauptgeschäft, Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gedruckt von 8 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.

Verleger: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Montag, den 26. November 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Verleger: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

# Die preußische Wahlreformvorlage.

Der Gesetzentwurf, der dem preußischen Volke ein freies Wahlrecht bringen soll, ist nunmehr unter dem Titel: Entwurf eines Gesetzes betr. die Wahlen zum Hause der Abgeordneten, zugleich mit einem Gesetzentwurf betr. die Zusammensetzung des Herrenhauses und einem weiteren Entwurf betr. die Abänderung der Artikel 62 und 99 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 veröffentlicht worden. Anstatt sich lediglich auf die Reform des Wahlrechts zum Abgeordnetenhaus zu beschränken, hat die Regierung es für gut befunden, gleichzeitig auch eine andere Zusammensetzung des Herrenhauses und eine Erweiterung der Befugnisse dieser Kammer vorzuschlagen.

### Gleiches Wahlrecht!

Erfreulich ist es, daß die Regierung sich zu der Erkenntnis durchgerungen hat, daß eine „organische Fortentwicklung des Dreiklassenwahlrechts unter gerechterer und harmonischer Abstufung des Stimmrechts“, wie sie ihr vor dem Kriege vor Augen schwebte, den Forderungen der Zeit nicht entspricht, sondern daß es notwendig ist, das Maß der staatsbürgerlichen Beteiligung des Volkes an den staatlichen Geschäften vom Standpunkt gesteigerten Vertrauens nachzuprüfen und neu zu gestalten. Das Ergebnis dieser Nachprüfung ist das gleiche Wahlrecht.

### Mängel der Wahlrechtsvorlage.

Bedauerlicherweise aber soll das gleiche Wahlrecht erkauf werden auf Kosten einer Einschränkung des allgemeinen Wahlrechts. Die Altersgrenze für die Ausübung des Wahlrechts ist vom 24. auf das 25. Lebensjahr hinaufgerückt, es wird die dreijährige Jugendzeit zum preußischen Staat und eine einjährige Aufenthaltsdauer in der Gemeinde verlangt. Dadurch geht ein großer Teil der preußischen Staatsbürger seines Wahlrechts verlustig, und wenn es auch übertrieben wäre, zu behaupten, daß die Vorteile des gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts durch diese Einschränkungen weit gemacht werden, so liegt doch irgendein stichhaltiger Grund für diese Verschlechterungen nicht vor. Den Einwand, daß nur derjenige Staatsbürger, der mindestens drei Jahre Preuße ist, in dem Maße mit den Problemen des preußischen Staatslebens vertraut ist, wie dies für eine verständnisvolle politische Mitarbeit unerlässlich erscheint, können wir nicht gelten lassen. Die verständnisvolle politische Mitarbeit dürfte in den wenigsten Fällen von einer mehr oder minder langen Staatsbürgerschaft abhängen. Noch weit mehr fordert die Ausdehnung der Schaffhaftigkeit in der Gemeinde von 6 Monaten auf 1 Jahr zur Kritik heraus. Wenn in den Motiven gesagt wird, „es liegt auf der Hand, daß die fluktierenden Elemente der Bevölkerung dem Staat nicht das gleiche Interesse oder Verständnis entgegenzubringen vermögen wie der sesshafte Teil, den in viel festerer Weise soziale und wirtschaftliche Bande an den Staat fesseln und an der Wohlfahrt der Allgemeinheit beteiligen“, so ist das ein Einwand, der stets gegen die sozialdemokratische Forderung auf Beseitigung der Bestimmungen über die Aufenthaltsdauer für das Gemeinewahlrecht vorgebracht wird, der aber schon hier nicht zutrifft, geschweige denn bei den Wahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften. Warum soll ein Staatsbürger, der bisher in Königsberg gewohnt hat und nun infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse nach Köln überzusiedeln gezwungen ist, plötzlich weniger stark an der Wohlfahrt der Allgemeinheit beteiligt sein, als wenn er in Königsberg geblieben wäre? Oder warum soll in einem aus mehreren Gemeinden zusammengesetzten Wahlkreis, z. B. Neufölln-Schöneberg, der Neuföllner, der 6 Monate vor der Wahl nach Schöneberg zieht, infolge seines Verzuges nicht so stark an den Staat gefesselt sein als vorher? Ganz abgesehen hiervon muß diese einschränkende Bestimmung aber auch schon mit Rücksicht auf die Kriegsteilnehmer fallen, die sonst in großer Zahl ihres Wahlrechts verlustig gehen würden.

In noch höherem Maße trifft das zu, wenn die Bestimmung Gesetz wird, wonach in Gemeinden, die in mehrere Wahlbezirke geteilt sind, erst durch einen einjährigen Wohnsitz oder Aufenthalt in dem Wahlbezirk das Wahlrecht erworben wird. Das bedeutet, daß ein Kriegsteilnehmer, der zeitweilig in Berlin-Moabit gewohnt hat, aber nach seiner Entlassung gezwungen ist, sich im Osten von Berlin eine Wohnung zu mieten, sein Wahlrecht verliert. Heute ist es gleichgültig, in welchem Berliner Wahlkreise ich wohne, es genügt der sechsmonatige Aufenthalt oder Wohnsitz in der Gemeinde; in Zukunft soll es anders sein. Das ist eine Verschlechterung, gegen die sich zu wehren besonders die Arbeiter allen Anlaß haben, die durch die wirtschaftlichen Verhältnisse, nicht zuletzt durch die Zustände auf dem Wohnungsmarkt, weit mehr als andere Klassen der Bevölkerung ihre Wohnungen zu wechseln genötigt sind.

### Wahlkreisinteilung.

Ist das Wahlverfahren auf dem Papier auch gleich, so bleibt es doch in Wirklichkeit immer noch sehr ungleich,

weil die Regierung von einer Neueinteilung der Wahlbezirke abgesehen hat. Es ist lediglich bestimmt, daß, wenn die Zahl der auf eine Abgeordnetenstelle eines Wahlbezirks entfallenden Einwohner nach der letzten allgemeinen Volkszählung mehr als 250.000 beträgt, bei der nächsten allgemeinen Wahl für jede weiteren angefallenen 250.000 Einwohner je ein neuer Abgeordneter hinzutritt. Hierdurch erhalten zunächst 12 Wahlkreise je einen Abgeordneten mehr, und zwar Bieskow-Storkow-Zeltow, Charlottenburg, Schöneberg-Neufölln, Larnowitz-Deuthen, Rattowitz-Sindenburg, Kiel-Neumünster, Bochum-Berne, Gelsenkirchen, Köln (Stadt), Duisburg-Oberhausen, Essen (Stadt), Mülheim a. d. Ruhr.

### Armenunterstützung.

Die Bestimmungen darüber, wem das Wahlrecht nicht zusteht, deden sich im wesentlichen mit den heute geltenden. Neu ist die Vorschrift, daß als Armenunterstützung im Sinne des Wahlgesetzes nicht gelten dem Wähler oder einem seiner Angehörigen gewährte Pflege oder Unterstützung in Krankheitsfällen sowie einem Angehörigen wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen gewährte Anstaltspflege. Damit ist ein Zustand geschaffen, wie er im Reich schon seit 1909 besteht und wie ihn das Abgeordnetenhaus auch für Preußen wiederholt, zuletzt einstimmig, verlangt hat, ohne daß die Regierung bisher dem Verlangen Folge geleistet hätte.

### Wahlverfahren.

Die Wahl selbst vollzieht sich in Zukunft direkt und geheim, das indirekte Wahlrecht und die öffentliche Stimmabgabe sollen also entsprechend der Verbesserung der Osterbotschaft fallen. Das Geheimnis der Wahl ist gesichert durch ähnliche Vorschriften, wie sie für die Wahlen zum Reichstag erlassen sind. In dieser Beziehung bedarf die Vorlage noch einer weiteren und gründlichen Durcharbeitung, es fehlt darin noch manche Bestimmung, auf die der Reichstag seinerzeit mit Recht Gewicht gelegt hat.

### Reform des Herrenhauses.

Kann man dem Grundgedanken der ersten Vorlage, obwohl sie uns nicht weit genug geht, zustimmen, ohne sich damit auf alle Einzelheiten festzulegen, so gilt das nicht auch von den beiden anderen Gesetzentwürfen. Als Gegner des Zweikammersystems fordern wir selbstverständlich die Beseitigung des Herrenhauses. Soll es aber beibehalten und lediglich reformiert werden, so muß die Reform wesentlich anders ausfallen. Nach wie vor sollen nach dem Entwurf die großjährigen Prinzen des königlichen Hauses auf Lebenszeit dem Herrenhause angehören, nach wie vor soll das System der Berufung auf Lebenszeit bestehen bleiben. Daneben sind Berufungen vorgesehen für die Dauer der Amtszeit bzw. für die Dauer des Bestehensbleibens der sonstigen Voraussetzungen. Trotz unserer Gegnerschaft gegen das System der Berufungen auf Präsentation an sich, erlauben wir uns doch die Frage aufzuwerfen, warum zwar den Selbstverwaltungsorganen, der Landwirtschaft, der Industrie und dem Handel, dem Handwerk, den Hochschulen, der evangelischen und katholischen Kirche eine Vertretung im Herrenhause gesichert sein soll, nicht aber den Arbeitern. Man wende nicht ein, daß es eine anerkannte Vertretung der Arbeiter heute noch nicht gibt. Gewiß, ein Arbeiterkammer- oder Arbeiterkammergesetz besteht noch nicht, aber sein Zustandekommen ist nur eine Frage der Zeit, und bis dahin könnten sehr wohl die Arbeitnehmervertreter in den Versicherungsämtern den Wahlkörper bilden. Die Möglichkeit der Einziehung von Arbeitern wäre also gegeben, aber es fehlt an dem guten Willen, die Regierung will die Erste Kammer zu einem reinen Junker- und Bourgeoisparlament ausgestalten, das es übrigens doch auch nach der Hinzuziehung einiger Konfessionsproletarier bleiben würde. Die Stellung des Herrenhauses gegenüber der Volkskammer wird aber desto schwächer sein, je schmaler die Grundlage ist, auf die sich das Herrenhaus stützt.

Im einzelnen sei bemerkt, daß der Stadt Berlin, die heute nur einen Vertreter hat, deren drei gegeben werden und daß das heute uneingeschränkte Verfassungsrecht des Königs beschränkt werden soll. Der König darf fortan aus Vertrauensmännern im ganzen nur noch 150 Mitglieder berufen. Macht er von diesem Recht in vollem Umfang Gebrauch, so zählt das Herrenhaus, abgesehen von den königlichen Prinzen, 510 Mitglieder. Von den 360, die ihm auf Präsentation angehören, stellen 10 die ehemals Reichsunmittelbaren, 24 die Fürsten, Grafen und Herren, 26 die sonstigen bisher erblich berechtigten Mitglieder und die bedorrteten Geschlechter, 36 der alte Großgrundbesitz, 36 die Landwirtschaft. Das sind zusammen bereits 132 Mitglieder. Hierzu kommen 36 Großindustrielle, 36 Bürgermeister, 76 Vertreter der Selbstverwaltung, 48 Vertreter von Handel, Industrie und Handwerk und endlich 16 Vertreter der Wissenschaft und 16 der Kirche. So steht in den Augen der Regierung eine „modernisierte“ Erste Kammer aus.

### Das Budgetrecht der beiden Kammern.

Dem so umgestalteten Herrenhause sollen dann noch durch das dritte Gesetz erweiterte Befugnisse in budgetrechtlicher Beziehung eingeräumt werden. Das heißt nicht nur seine Bedeutung heben, sondern zugleich die des aus gleichen Wahlen hervorgegangenen Abgeordnetenhauses schwächen. Daß die Freunde eines freien Wahlrechts und einer Demokratisierung unserer staatlichen Einrichtungen sich damit nicht einverstanden erklären können, versteht sich von selbst.

Bisher konnte das Herrenhaus den Staatshaushaltsplan nur im ganzen annehmen oder ablehnen. In Zukunft soll das Herrenhaus über Streichung und Herabsetzung einzelner Posten, die im Widerspruch zur Regierung erfolgen, mitentscheiden. Tritt das Herrenhaus dem Beschluß des Abgeordnetenhauses nicht bei, so ist zwischen beiden Kammern ein Verständigungsausschuß zu bilden, nach dessen Beratung das Abgeordnetenhaus endgültig beschließt.

Neue Posten in den Etat einsehen oder vorhandene erhöhen soll den beiden Kammern nur mit Zustimmung der Regierung erlaubt sein.

Zweck dieser Bestimmungen ist, die Stellung mehr der Regierung als des Herrenhauses gegenüber der Volkskammer zu stärken. Da aber auch in Preußen die Parität der Regierung nur eine Frage der Zeit ist, wird es zu ernstlichen Konflikten zwischen Regierung und Volkskammer nicht so leicht kommen.

So ergibt sich denn alles in allem eine Reform des Wahlrechts zum Abgeordnetenhaus, deren Bedeutung für unser zukünftiges politisches Leben wir bei all ihren Mängeln und Fehlern keineswegs unterschätzen, verbunden aber mit einer Ausdehnung der Vorrechte privilegierter Schichten.

Ueber die Aussichten der Reform etwas zu sagen, wäre heute genau so verfrüht, wie die Sozialdemokratie nach irgendeiner Richtung hin festzulegen. Unser Leitgedanke wird sein: wirklichen Fortschritten den Weg ebnen. Rückschritte mit aller Kraft bekämpfen, soviel Verbesserungen als möglich herausholen und alles einsehen, um den größten deutschen Bundesstaat zu demokratisieren.

## Das Dreiklassenwahlrecht gerichtet.

### Aus der Begründung der Wahlrechtsvorlage.

Wer die Begründung zu dem Entwurf eines Gesetzes betreffend die Wahlen zum Hause der Abgeordneten liest, der muß mit uns zu dem Schluß kommen, daß die Regierung das Klassenwahlrecht, ja überhaupt jedes plakatmäßige Wahlrecht so schonungslos wie nur irgend möglich preisgegeben hat. Sie räumt zunächst unumwunden ein, was bisher nicht nur von konservativer Seite, sondern oft genug auch von Regierungsvertretern bestritten wurde, daß das Dreiklassenwahlrecht die Mitwirkung der minderbemittelten breiten Volksmassen an den Staatsgeschäften in engen Grenzen gehalten habe zugunsten eines starken politischen Einflusses der zahlenmäßig schwächeren bemittelten Volksschichten. Den Grundsat, daß die politischen Rechte im Staat nach den Leistungen für den Staat bemessen werden sollen, einen Grundsatz, der oftmals für die Aufrechterhaltung des Dreiklassenwahlrechts geltend gemacht worden ist, hält die Regierung zwar an sich nicht für unbedeutend, sie erklärt aber, daß im gegenwärtigen Zeitpunkt gerade die Anerkennung dieses Grundsatzes mit Notwendigkeit zur Einführung des gleichen Wahlrechts führe. Die Jahre dieses Krieges hätten von jedem Staatsbürger Leistungen gefordert, denen gegenüber quantitativ wie qualitativ jeder Versuch der Abstufung, der unterschiedlichen Bemessung, versagen müßte. Die Härten des Wirtschaftskrieges hätten die gesamte Bevölkerung ohne Ausnahme getroffen, der Lebenshaltung eines jeden so fühlbare Opfer und Entbehrungen auferlegt, daß die Steuerzahlungen sowohl an objektivem Wert für den Staat wie auch an subjektivem Wert für die individuelle Leistung gegenüber den Lasten und Leistungen gerade auf wirtschaftlichem Gebiete zurücktraten.

„Staat und Reich haben zur Kriegszeit reiflos die Kraft und den Willen jedes Einzelnen für die öffentlichen, die vaterländischen Zwecke ohne Unterschied und ohne jede Rücksicht auf physische und wirtschaftliche Beeinträchtigungen in Anspruch nehmen müssen. Der öffentliche Wert dieser allgemeinen Arbeitsleistungen und Opfer gehalten überhaupt keinerlei urteilende Bemessung. Hoch darüber stehen, jedem Maße entrückt, die Verluste kostbaren Menschenlebens, die unterschiedslos unheilbares Leid auf arm und reich gelegt haben.“ Das dem Vaterlande geklopfte Blut, diese letzte und höchste Leistung, die der Staat vom Bürger fordert, ist größtes unmerkbares Opfer. Die preußischen Männer, die es auf dem Felde der Ehre vergossen, haben Zeugnis abgelegt dafür, daß die dem Staate gebrachten Opfer aller Bürger eines gleichen Wertes sind, daß der Staat auf den Unterschied öffentlicher Verdienste künftig Abstufungen der politischen

# Französische Angriffe östlich der Maas.

**Englischer Vorstoß an der Menin-Opere-  
Straße abgewiesen. — Vergebliche eng-  
lische Angriffe gegen Inch, Bourlon und  
Banteng. — Italienische Angriffe im  
Brentatal gescheitert.**

Amtlich. Großes Hauptquartier, 25. November  
1917. (W. Z. S.)

## Westlicher Kriegsschauplatz.

Gezetzgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern steigerte sich der Artilleriekampf am Nach-  
mittage zwischen dem Hautoulster-Walde und  
Saubusse zu großer Stärke. Ein englischer Vorstoß  
an der Straße Opere-Menin scheiterte.

Auf dem Schlachtfelde südwestlich von Cambrai spie-  
ten sich heftige, aber nur örtlich begrenzte Kämpfe ab.

Gegen Inch setzte der Engländer starke Kräfte zu neuen  
Angriffen ein. Biermal fürstete die Infanteriewellen  
vergeblich vor. Ihre Verluste waren besonders schwer. Im  
Gegensatz gewonnen unsere Truppen mehrere hundert Meter  
nach vorwärts Raum.

Nach heftiger Feuerwirkung griff der Feind am Abend  
Dorf und Wald Bourlon an. Unter dem Schutze von Nebel-  
wolken drang er bis zum Dorfe vor. Die zum Gegenstoß ein-  
gesetzten Gardebataillone warfen in erbittertem nächtlichen  
Kampf mit blanker Waffe den Feind in seine Ausgangs-  
stellungen zurück, während pommerische Grenadiere am Rande  
des Waldes jeden feindlichen Ansturm zum Scheitern brachten.  
Nach dem Nüchtern eines Frühangriffs auf Banteng  
erfolgten dort am Nachmittage nur schwächere Teilvorstöße.

Gezetzgruppe Deutscher Kronprinz.

Die Tätigkeit der Franzosen blieb fast auf der ganzen  
Front reg. Stärkere Erkundungsabteilungen führten gegen  
unsere Linien vor; der Artillerie- und Minenwerferkampf war  
in besonderen nordöstlich von Craonne, in mehreren Ab-  
schnitten der Champagne und auf dem östlichen Maas-  
ufer gesteigert. Eigene Sturmtruppen brachten von gelun-

gener Unternehmung westlich von Beaumont zahlreiche  
Besagene ein.

Gezetzgruppe Herzog Albrecht.  
Westlich von St. Niziel und namentlich im Sund-  
gau verstärktes Artillerie- und Minenfeuer. Im Walde von  
Opere-Menin und bei Immerzweller wurden stärkere  
französische Vorstöße abgewiesen.

## Ostlicher Kriegsschauplatz

und  
Mazedonische Front  
nichts Besonderes.

## Italienische Front.

Italienische Angriffe zu beiden Seiten des Brenta-  
Tales und gegen den Monte Pertica brachen vor unse-  
ren Linien zusammen.

Der Erste Generalquartiermeister.  
Ludendorff.

## Abendbericht.

Berlin, 25. November 1917, abends. Amtlich.

In Flandern und südwestlich von Cambrai  
lebhafteste Feuerartigkeit in einzelnen Kampfabschnitten.  
Auf dem Ostufer der Maas sind französische  
Angriffe zwischen Samogneux und Beaumont  
im Gange.

Erfolgreiche Kämpfe im Gebirge zwischen Brenta  
und Piave.

## Der österreichische Bericht.

Wien, 25. November 1917. (W. Z. S.) Amtlich wird  
verlautbart:

Italienische Angriffe beiderseits der Brenta und gegen  
den am 22. vom Grazer Schützenregiment Nr. 3 erklärten  
Monte Pertica beschränkten auf unsere Linien.

Im Osten keine besonderen Ereignisse.  
Der Chef des Generalstabes.

Rechte nicht mehr gründen kann. Der gute preussische Grundsatz,  
daß die Leistung für den Staat den Rechten im Staat das Maß  
setzt, tritt heute dem gleichen Wahlrecht zur Seite."

Tatsächlich hat der „gute preussische“ Grundsatz, von dem die  
Begründung spricht, niemals gegolten. Niemals sind die Rechte im  
Staat nach den Leistungen für den Staat bemessen worden,  
es sei denn, daß man unter Leistungen nur die Leistungen an  
Geld versteht, gleichviel aus welcher Quelle das Geld fließt. Und  
wenn schon wirklich die Leistung für den Staat den Rechten im  
Staat das Maß setzen soll, warum macht die Regierung denn nicht  
ganze Arbeit, warum will sie dann die ungerechte Wahlkreis-  
einteilung bereinigen und warum räumt sie dann nicht  
auf mit allen überlieferten Vorrechten? Zieht  
sie die Konsequenzen, dann muß sie gerade von diesem Grundsatz  
aus die Beseitigung des Parteienhauses beantragen.

Aber wir wollen in diesem Moment nicht mit ihr rechten. Wir  
freuen uns, daß sie sich zu einem Gedanken bekennt, den wir von  
jeher vertreten haben und der endlich sich durchzusetzen beginnt.

Nach daß es sich bei dem Wahlrecht nicht um eine Belohnung  
des Volkes für die dargebrachten Opfer und die staats-treue  
Haltung handelt, haben wir stets betont. Nicht als Lohn für ge-  
leistete Dienste haben wir das Wahlrecht gefordert, sondern um  
seiner selbst willen als ein Recht, das man dem preussischen Volke  
schenken sollte. Das dämmert jetzt auch den Vertretern  
der Regierung, denn die alleinige ethische Begründung für den  
Schritt, der mit der Einschränkung des gleichen Wahlrechts zum  
Gange der Abgeordneten erfolgt, erblickt sie in der Reife, die das  
Volk in den jähren Schicksalen des Krieges erwiesen hat und des-  
halb will sie ihm ihr Vertrauen schenken. Und der erste Akt dieses  
Vertrauens ist die Einschränkung des gleichen Wahlrechts.

Die Regierung sieht ein, daß die Zeit nach dem Kriege den  
preussischen Staat vor Aufgaben stellen wird, deren Schwierigkeit  
alles bisher gekannte Maß übersteigt, vor Aufgaben, die an die  
Opferwilligkeit, an die Organisationskraft, an das soziale Empfinden,  
an die Arbeitsfreudigkeit des Volkes gewaltigste und völlig neue  
Anforderungen stellen werden.

„Ist das Volk durch den Weltkrieg, der seine Kräfte auf  
höchste angespannt und unterirdischlos von jedem einzelnen  
Staatsbürger die gleichen Leistungen, die gleichen schweren Opfer  
für Bestand und Zukunft des Vaterlandes gefordert hat, über das  
bestehende Klassenwahlrecht hinausgewachsen, so wird diesem reif-  
gewordenen Volke die Mitwirkung an der Fülle jener Staats-  
aufgaben auf dem Boden staatsbürgerlicher Rechtsgleichheit ohne  
Bedanken übertraut werden können.“

Das sind Worte, die wie ein Schlag ins Gesicht der Heide-  
brand und Genossen wirken werden, die noch vor nicht allzulanger  
Zeit die Regierung der Unverantwortlichkeit geziehen haben, falls  
es es wagen sollte, an den Grundlagen des Dreiklassenwahlrechts  
auch nur zu rütteln. Und jetzt begnügt sich die Regierung nicht mit  
einem Rütteln an diesen Grundlagen, sondern sie verfährt selbst dem  
Dreiklassenwahlrecht den Todesstoß. Denn

„auch wenn es gelungen wäre, vor kürzerer oder längerer  
Zeit im Zusammenwirken der Regierung mit beiden Häusern  
des Landtags eine organische Fortentwicklung des bestehenden  
Wahlrechts unter gerechterer und harmonischerer Wahrung des  
Stimmrechts zu erreichen, würde als ein Ergebnis des Krieges  
die Einführung des gleichen Wahlrechts doch notwendig geworden  
sein.“

Nach diesem wiederholten Bekenntnis zum gleichen Wahlrecht  
geht es für die Regierung kein Zurück mehr. Selbst der  
Landtag die Einführung des gleichen Wahlrechts ab, dann darf sie  
nicht mit dem, was dann noch übrig bleibt, begnügen, sondern  
dann muß sie den Konflikt, den sie nicht verschuldet hat, der ihr  
aufgezwungen ist, auslöschen. Dann darf sie vor kein zweites Mittel,  
auch nicht vor dem ihr die besten nicht gemeinen Umweg über den  
Reichstag, zurückzukehren, um dem Volke das zu geben, dessen Not-  
wendigkeit sie selbst in so ausgezeichnete Weise begründet hat.

## Der feste Wille zum Frieden. Anweisung an die russischen Frontheere.

Kopenhagen, 24. November. Der ausländische Presse-  
vertreter der Bolschewiki an der schwedischen Grenze erhielt  
ein amtliches Telegramm aus Petersburg, nach welchem der  
Oberbefehlshaber, General Duchonin, deshalb ver-  
haftet worden ist, weil er sich geweigert hatte, den Vorschlag  
des Waffenstillstandes der ganzen Front zu übermitteln.

Die Regierung wies die verschiedenen Frontheere  
an, selbst auf der ganzen Front die Friedensver-  
handlungen einzuleiten.

## Ursachen der italienischen Niederlage.

Von unserem Kriegskorrespondenten Hugo Schulz.

Kriegspressquartier, 17. November.

Die 12. Novemberschlacht, die nicht bloß mit einer Niederlage,  
sondern geradezu mit dem völligen Zusammenbruch der italienischen  
Armee endete, gehört zu den paradoxesten Ereignissen des an jähren  
Schicksalwendungen wahrhaftig nicht armen Weltkrieges. Daß die  
Verbündeten mit dem festen Willen zum Siege den Feind an-  
griffen, ist ja selbstverständlich. Merkwürdig ist nur, daß der Sieg  
das Maß dieses Willens überschritt und großer geraten ist, als die  
angreifenden Armeen voraussehen. Wie konnte es nur geschehen,  
daß die Serie der Novemberschlachten einen Abbruch fand, der alles  
Bisherige in einer solchen, nicht bloß den Feind, sondern auch die  
eigenen Ziele überrennenden Weise umwälzte?

Es ist bei uns die Meinung verbreitet, daß die Italiener, durch  
täuschende Vermutungen der Verbündeten veranlaßt, den Offensiv-  
schritten. Wäre dies richtig, so müßte das Hervorbrechen unserer  
Offensive aus unermuteter Richtung fast wie ein Ueberfall ge-  
wirkt haben, und die ungeahnte Größe des Sieges fände ihre zu-  
reichende Erklärung im Beweggrund der Ueberraschung. Es ist  
aber nicht richtig, und die italienische Führung, die ja zweifellos  
lange zwischen Tirat und dem Nonzo schwankte, hat sicherlich in  
den letzten Tagen vor Beginn der Schlacht schon genau gewußt,  
moder der Wind weht.

Wie ist es nun zu erklären, daß dieser Schlachtangriff einen  
derartigen Zusammenbruch des Feindes bewirken und damit einen  
Erfolg zeitigen konnte, der abseits steht von allen Erfahrungen  
jener Offensiven, die auf den Verhältnissen des Stellungskrieges  
beruhen mußten? Es ist nicht leicht, diese Frage zu beantworten,  
ohne die psychologische Verfassung des italienischen Soldaten, über  
die wir doch nichts Zuverlässiges wissen, mit in Erwägung zu  
ziehen. Wir können da nur eine Tatsache mit Sicherheit, nämlich  
die, daß sich unsere Soldaten trotz aller bitteren Leiden in den  
Novemberschlachten und trotz aller harten Prüfungen, die gerade die  
Kampffront auferlegte, dem Italiener immer überlegen fühlten. Ich  
müßte ausdrücklich feststellen, daß die Neuierungen, die diesem Ge-  
fühl Ausdruck gaben, immer mit Mißtrauen betrachtet und immer  
gläubig, daß sie von traditionellen Wertanschauungen, die aus der  
Glanzzeit stammten, stark beeinflusst sind. Dennoch muß ich jetzt  
sagen, daß die immer wiederkehrende Behauptung unserer  
Mangokämpfer, daß sie, wenn es einmal zum Spickumbruch  
kame, mit dem Italiener leicht fertig würden, auf objektiven Be-

## Die Macht der Bolschewiki.

Die Wahlen zur Konstituante im Gange. — Neue Versuche  
einer sozialistischen Koalition.

Kopenhagen, 24. November. Der ausländische Presse-  
vertreter der Bolschewiki an der schwedischen Grenze erhielt ein am-  
tliches Telegramm aus Petersburg vom 23. November, wonach  
jetzt auf der Seite der Bolschewiki stehen: Die gesamte Armee  
und Flotte sowie der ganze nördliche, westliche und südwestliche  
Teil des Reiches mit den Städten Petersburg, Moskau,  
Charkow, Riew und Odesa sowie das ganze Ural-  
gebiet und Sibirien. Von den Fronten kommen Hunderte  
von Abgeordneten, die die Mitteilung vollständiger Solidarität mit  
der neuen Regierung überbringen.

Die Lebensmittelfrage ist ernst, jedoch ist es bisher mit großen  
Anstrengungen gelungen, die Schwierigkeiten zu überwinden, es ist  
nur noch schwierig, Brot zu beschaffen. Die niederen Eisen-  
bahndienstleistungen stehen auf der Seite der Bolschewiki, die Sabo-  
tage der höheren Beamten ist daher von geringerer Wirkung.

Die Wahlen zur Verfassungsgebenden National-  
versammlung haben bei der Flotte stattgefunden und beim  
Heere begonnen. In den Städten finden die Wahlen am 25. No-  
vember statt.

Die bürgerlichen Parteien wollen sich nicht unter-  
werfen, sondern verüben überall Sabotage, wo dies möglich  
ist, und setzen ihre Hoffnung auf Kaledin. Das Ausbleiben tele-  
graphischer Nachrichten aus Petersburg im Auslande ist auf Sabo-  
tage der Telegraphenbeamten zurückzuführen; diese hofft man jedoch  
noch zu überwinden.

Nach den Angaben dieses Telegramms, das ausdrücklich  
als amtlich bezeichnet wird, wäre das ganze europäische  
Kriegsfrontgebiet für die Bolschewiki gewonnen und darüber  
hinaus fünf wichtige Städte des Inneren, sowie der uralische  
Osten und Sibirien. Nur der Süden und Südosten, also das  
Gebiet, auf das sich Kaledin stützt, und die Kaukasusfront könn-  
ten noch nicht als bolschewistisch bezeichnet werden. Treffen die  
Angaben in gezeichnetem Umfange zu, so wäre die Macht der

abstimmung beruhte. Es ist kaum zu bezweifeln, daß sich der  
italienische Soldat immer in einer psychologischen Verfassung be-  
funden hat, die ihn gegen den Ausbruch der Kämpfe gleichgültiger  
machte und daher seine Fähigkeit, den härtesten moralischen Ein-  
brüchen der Schlacht standzuhalten, herabsetzte. Immer wieder hat  
sich das gezeigt in der besonderen Empfindlichkeit der Italiener  
gegen das Sperrfeuer unserer Artillerie und im Zurückweichen  
vor den Gegenangriffen unserer Infanterie, die gewöhnlich selbst  
dann Erfolg hatten, wenn sie in dichte, mehrfach überlegene Reihen  
hineinritten.

So sicher es nun ist, daß der italienische Soldat, der auch ge-  
legentlich sehr tapfer und „jähnelig“ sein kann, unter der Ein-  
wirkung verdrängter Stimmungen leicht verlagert, so ist doch die  
Hauptursache an der Niederlage der Führung zuzuschreiben.

Der schwere Fehler, den die italienische Führung machte, liegt  
zweifellos darin, daß sie, beraubt von ihrem Erfolg auf dem  
Vainizaga-Plateau, dieses flachen Erde für den Nabel der Welt  
hielt und wie hypnotisiert darauf starrte. Der Angriff der Ver-  
bündeten konnte nach ihrer Auffassung kein anderes Ziel haben  
als die Wiedererlangung der Vainizaga-Hochfläche und damit die  
Abwendung der Gefahr eines italienischen Durchbruchs ins Adria-  
Tal, dessen Gelingen den nun von Süden her in der Planke ge-  
faßten Tolmeiner Brückenkopf unhaltbar machen würde. Es war  
insbesondere der Kommandant der 2. italienischen Armee, General  
Capello, der während der ganzen Schlacht an der Auffassung fest-  
hielt, daß der Hauptangriff nur aus der Vainizaga-Ecke hervor-  
brechen könne, und alle seine Reserven zum Gegenstoß ins Adriat-  
im Räume von Lugza beisammen hielt. Tatsächlich hatte dort  
sogar noch Verteidigung der bloß 6 Stunden währenden und auf  
der ganzen Front vom Meere bis nach Triest ziemlich gleichzeitig  
wirkenden Artillerievorbereitung ein heftiger Angriff der Gruppe  
Kosial eingesetzt und die ersten italienischen Linien überannt. Um  
so jetzt glaubig nun Capello, auf dem richtigen Wege zu sein und  
Brigade um Brigade wurde eingesetzt, um die Gruppe Kosial, die  
unter dem wichtigen Gegenstoß überlegener Waffen ihren Raum-  
gewinn hatte preisgeben müssen, auch aus ihren Ausgangsstellungen  
hinauszudrängen. Brigade um Brigade verblutete in dieser Auf-  
gabe, die österreichischen Divisionen hielten unerschütterlich stand.  
Sie gemeinsam mit den weiter südlich einrückenden Kräften der  
2. Nonzoarmee vermochten allmählich die Hauptwaffe der Streit-  
kräfte Capellos in den Raum von Lugza zu ziehen und dort fest-  
zubinden, während weiter nördlich mit unheimlicher Schnelligkeit  
das Unheil über die Italiener hereinbrach. Aus dem Brückenkopf  
von Tolmein quoll es hervor und aus den Engländern der Julischen  
Alpen. Alle Kräfte der Italiener für möglich gehalten, daß der

Bolschewiki zumindest in dem Maße gesichert, daß die Inter-  
essanten der Gegenrevolution, wenn sie bei der Wahrheit bleiben  
wollen, nicht mehr von einem schnellen Niederwerfen der  
Erhebung reden dürfen. Die in der Armee gewonnene Macht  
wird sich auch im Verlauf der Wahlen zur Konstituante äußern,  
die in der Flotte begonnen und offenbar glatt und schnell von-  
statten gegangen sind.

Ueber die Haltung des Generals Duchonin, der die  
Durchführung des Befehls zur Waffenruhe verweigerte, be-  
richtet eine Havasmeldung aus Petersburg: sie zeige das  
Interesse an der aktiven Politik, deren Hauptplatz das  
Hauptquartier ist. Man glaube, daß General Duchonin  
dem Befehl, der ihn seiner Funktion enthebe, nicht stattgeben  
werde. Zu weiteren schein man in maximalistischen Kreisen  
zu erwarten, daß eine Abteilung aus Marine, Soldaten und  
der Roten Garde gebildet werde, um den Obersten Kry-  
lenko gewaltam an Stelle Duchonins im Hauptquartier zu  
setzen. Die nunmehr amtlich gemeldete Verhaftung Duchonins  
beweist, daß die neue Regierung dem Troste des Generals  
schnell und energisch ein Ende gemacht hat.

Daß die Konferenzen zur Bildung eines sozio-  
listischen Koalitionsministeriums noch nicht  
aufgegeben sind, wird ebenfalls von der Agence Havas ge-  
meldet. Ausdrücklich wird dazu bemerkt: sie würden im  
Gegensatz zu der Regierung in Petersburg weitergeführt. Die  
Beleher „Neue Korrespondenz“ will Genauerer wissen. Sie  
teilt mit: „Im Hauptquartier von Mohilew ist die Bildung  
einer neuen Volksgewalt im Gange. Der Aus-  
schuß der Delegierten der russischen Armee weigerte sich, die  
Regierung von Petersburg anzuerkennen. Gingen ist er  
entschlossen, die Bildung einer Regierung, in der alle sozio-  
listischen Fraktionen vertreten sind, zu unterstützen. Das  
Zentralkomitee der Eisenbahner hat seinen Anschluß erklärt.  
Tschernow, Wolfentjew und Gög (der „Vorwärts“ mel-  
dete gestern, beide seien verhaftet) sind Mitglieder des Gener-  
alstabes. Die Ankunft Terestichellis wird erdriet.  
Tschernow und Wolfentjew sind als wahrscheinliche  
Kandidaten der neuen Regierung vorgesehen, die aus Mari-

brückenkopf, der laur Entwicklungsraum für zwei Divisionen  
bietet, einer Armee als Angriffsbasis dienen könne. Sie hielten  
daher die Kräfte, die die ziemlich weit auftragenden Kolowratzöhen  
zu beden hatten und hinter denen es ja noch einige Brigaden an  
Reserven gab, für völlig ausreichend. Die Bataillone der Armee  
Below und ein österreichisch-ungarisches Korps aber hoben die  
italienische Höhenstellung im ersten Anprall aus den Angeln  
und setzten dann ihre Verteidiger, ohne Unterlaß nachdrängend, die je-  
seitigen Hänge bis in die Ebene von Cividale hinab. Ebenfalls  
Erfolg hatten die Angriffe der Gruppe Kraus im Pfifferschen Becken  
und nordwestlich davon, wo eine österreichische Alpendivision den  
mehr als 2000 Meter auftragenden Rombon erürmte.

Immer aber wäre noch eine Jurisdiktion des geschlagenen  
italienischen Flügels möglich gewesen, wenn Capello die Lage richtig  
erkannt und danach gehandelt hätte. Er scheint aber die Verän-  
derung mit den zurückstehenden Teilen seiner Armee verlor zu  
haben und nicht mehr rechtzeitig über die Vorgänge nordwärts des  
Vainizaga-Plateaus benachrichtigt worden zu sein. So verließ er  
sich immer mehr in die unerschütterlich stehende Gruppe Kosial  
und abnte nicht, daß die Niederlage seines Nordflügels allmählich  
den Umfang einer Katastrophe gewann.

Wiel zu spät scheint Capello die volle Größe des Unglücks ge-  
wahr geworden zu sein. Schon war auch seine Hauptkraft von den  
Truppen Belows jenseits des Kolowratzöden in der Planke bedroht,  
als er sich entschloß, das Vainizaga-Plateau zu räumen. Vorher hatte  
die oberste Führung noch einen verzweifelten Versuch gemacht, dem  
Vordringen der Deutschen auf Cividale Einhalt zu tun und mit  
rasch zusammengerafften Kräften den Bringen Souzaga in die  
Bresche geschickt. Seine Truppen zerfielen wie Spreu unter dem  
Anprall der deutschen Bataillone. Als endlich in der Nacht, die dem  
zweiten Schlachttag folgte, die Räumung der Hochfläche begann,  
konnte sie nur noch als übertriebene Flucht bemerksichtigt werden.  
Nur im südlichen Teil westlich von Soblisse, wo es galt, den  
Brückenkopf von Plava zu decken, leisteten die Nachhut — zwei  
Verfallenerbrigaden — nachhaltigeren Widerstand, im sonstigen  
vollzog sich der Rückzug von der Hochebene als ein wildes Ge-  
dränge. In der Nacht waren überdies die zahlreichen Nonzobrücken  
vorzeitig gesprengt oder in Brand gesetzt worden, nur bei Canale  
und bei Plava konnten noch größere Massen das jenseitige Ufer  
gewinnen.

Es bedurfte nun noch ernstlicher Kämpfe, um auch noch den  
Südflügel der italienischen Stellung, die Zona di Gorizia und die  
3. Armee des Herzogs von Aosta aufzurollen. Er grüet aus den  
Angeln und die Kämpfe um Gög sowie um die Nonzobrücken  
gehören in das Kapitel der Verfolgung.

malisten bestehen wird. Da die Anwendung von Gewalt von den sozialistischen Fraktionen von der Hand gewiesen wird, muß ein Versuch gemacht werden, mit der Petersburger Regierung, die nicht mit sich verhandeln lassen will, zu einem Einverständnis zu gelangen. Das wäre also das Gegenteil von dem, was Hobas andeutet: man will durchaus nicht im Gegenteil zur Petersburger Regierung handeln, sondern fast den einzig vernünftigen und möglichen Weg gemeinsamer Tat ins Auge.

### Trozkis Friedensglaube.

Rotterdam, 24. November. Nach dem Neuen Rotterdamschen Courant wird der Daily News aus Petersburg vom Donnerstag gemeldet: Gekiern hat Trozki eine Rede über die auswärtige Politik der Sowjets gehalten. Er sagte, die Alliierten hätten das Manifest der Sowjets unfreundlich aufgenommen, und die Feinde betrachteten die Umwälzung lediglich von dem Standpunkte, daß sie Rußland schwächen würde. Er glaube trotzdem, daß der Krieg bald sein werde.

Es wird ein Gelübde mit allen Geheimverträgen, die die Bolschewiki finden konnten, vorbereitet. Es ist möglich, daß die Bauern mit den Armeeauschüssen neben der Regierung der Bolschewiki eine eigene Regierung unter Tschernom errichten werden.

Dies scheint uns wenig glaubwürdig. Sicher würde es keine Gegenregierung sein. In der Mitteilung könnte aber die Tatsache angedeutet liegen, daß die Organisation der Bauernschaft in diesen Novemberwochen an innerer Kraft und Geschlossenheit gewonnen hat, so daß sie für die weitere Entwicklung der jetzigen Phase der „Revolution der Arbeiter und Bauern“ mehr noch als bisher ein eigenes Gewicht in die Waagschale zu werfen hat.

### „Humanität“ über die russischen Vorgänge.

Gegenüber der Wut der französischen bürgerlichen Presse über die Vorgänge in Rußland äußert sich Pierre Renaudel in der „Humanité“ vom 12. November:

„Zweifellos ist es für uns, Franzosen, wie für die Alliierten, von erster Bedeutung, daß inmitten eines so furchtbaren Krieges die inneren Ereignisse die militärische Anstrengung Rußlands verzögern. Wir würden jedoch einen Fehler begehen, wenn wir vergessen sollten, daß auch unsere Revolution unser Land nicht an einem Tage organisiert, daß sie mit einer Wendung, mit Straßenunruhen, mit Rivalitäten der Fraktionen zu tun gehabt hat; daß ein dermaßen großes Land wie Rußland Vertrauen braucht, um aus dem Chaos herauszukommen, wobei es von einem so verabscheuungswürdigen und verzerrten Regime wie das zaristische gebracht wurde. Die Alliierten können Rußland bei diesem Reorganisationswerke helfen. Daran müssen wir denken eher als an eine systematische Verunglimpfung.“

Das „Journal des Débats“ richtet einen sehr scharfen Artikel gegen Rußland. Kerenski habe vor den Leninisten kapituliert, die eingegangenen Bedingungen bewiesen den vollständigen Mangel politischen Sinnes und eine derartige Unfähigkeit zu handeln, daß man sich die Frage vorlegen müsse, ob Kerenski mehr taugte als Lenin. Bei Lenin wisse man wenigstens, woran man sich zu halten habe. Alle wahren Patrioten müßten sich jetzt wieder an Korniloff wenden. Rußland brauche eine Regierung, die unwichtige Verräter ungeschädlich mache; die Regierung müsse deren Köpfe hängen lassen. Die Arbeiter- und Soldatenräte müsse man mit Artillerie, nicht mit Reden anführen. Die diesbezügliche Werk durchgeführt sei, dürften die Alliierten weder Kriegsmaterial noch Geld nach Rußland schicken.

Der „Matin“ findet, daß eine Vereinbarung zwischen Kerenski und den Sozialisten noch beunruhigender wäre als der Bürgerkrieg mit allen seinen Schrecken und Folgen. Durch eine Verständigung gewännten nur die Sozialisten an Einfluß in der Regierung, was die Lage äußerst ernst gestalten würde.

Diese bürgerlichen Pressstimmen sind neuesten Datums. Sie zeigen, daß Renaudels Aufforderung in den Wind gesprochen ist.

### Die zersplitterte Schlacht bei Cambrai.

Berlin, 23. November. Auf dem Schlachtfelde von Cambrai ist der von so großen englischen Hoffnungen begleitete, in England mit stärksten Kräften fortgesetzte Durchbruchversuch des Marschalls Haig am 24. November bereits in örtliche Teilangriffe zersplittert. Diese richteten sich vornehmlich mit tiefgeschichteten Massenangriffen gegen die einzelnen Brennpunkte des weiten Kampffeldes, die im Norden der Einbruchsstelle liegen.

Gegen das vielfach vergeblich benannte Jachd führte der Feind abermals rücksichtslos mehrfach starke frische Kräfte vor. Eine Angriffswelle nach der anderen brach in unserem Bereichungssektor zusammen. Nach viermaligem blutigen Auslaufen wurde der Feind im Gegenstoß gemornt und ihm von unserer verfolgenden Infanterie Gelände entzogen. In den weichen Feind schlug das Vernichtungsgeschütz unserer Artillerie und Maschinengewehre und ließ ihn an dieser Stelle besonders schwere Verluste erleiden. Vor unseren Stellungen türmten sich die Haufen gefallener Engländer.

Weiter östlich versuchte der Gegner den am 23. 11. entzogenen Courton-Wald nach West wieder in seinen Besitz zu bringen. Von allen Kampfmitteln begleitet drangen unter entsetzlichen Verlusten die dichten englischen Angriffskolonnen langsam bis zum Dorf vor. Hier traf sie der in der regnerischen Nacht erfolgte Gegenstoß unserer Gardedivision und warf den Feind mit Kolben und Bajonet in seine Ausgangsstellung zurück, während an den Waldhängen schon vorher jeder feindliche Angriff blutig zusammengebrochen war. Wiederrum blieb hier eine neue große Anzahl zersplitterter Tanks vor unseren Stellungen liegen.

In dem südlichen Bogen der Einbruchsstelle griff der Feind nach seiner schweren Schlappe am frühen Morgen wiederholt später Banteuz an. Die Angriffe gelangten nicht einmal bis an unsere Linien heran. 11 neue Tanks brachen vor unseren Stellungen zusammen.

### Von Asiago bis zur Piave.

Italienischer Heeresbericht vom 24. November nachmittags. An der Gebirgsfront von der Hochfläche von Asiago bis zur Piave scheiterten mächtige Angriffe des Gegners, welche in umfangreicher Weise durch Artilleriefeuer vorbereitet und die mit Fortnachtsigkeit ausgeführt worden waren, sämtlich. In der Ebene der feindlichen Stellungen, die Piave mittels Booten zu überbrücken; sie wurden im Fluße zusammengekössen. Drei feindliche Flugzeuge wurden durch unsere Jäger zum Absturz gebracht.

In Albanien griffen heute feindliche Kräfte in der Nacht vom 23. unsere Linie zwischen Bojsa und Osun südlich von Kastoria an. Sie wurden abgewiesen; einige von ihnen zwischen Bitolia und Presleca erzwungene Teilortteile wurden durch unseren Gegenangriff wieder zunichte gemacht.

### Die Kämpfe in Palästina.

Anteiliger britischer Bericht aus Palästina. Am 21. 11. erlitten unsere Truppen den Höhenrücken von Kesh Sammit, die Stützen des alten Rigob, 8000 Yards westlich der Straße von

Jerusalem nach Robfus. Wiederholte Gegenangriffe der Türken wurden abgelehnt. Der Feind beschloß die Woschee, in der sich das Grab des Propheten Samuel befindet, und das unsere Truppen sorgfältig verminten. Unsere besetzten Truppen, die sich am 21. November Zeituna näherten, wurden durch einen heftigen Gegenangriff zum Rückzug gezwungen und halten jetzt Beitur el Janta (oberhalb Beth Horon) besetzt.

### Verbot der dänischen Fleischausfuhr.

Kopenhagen, 24. November. (Meldung des Nihauschen Bureaus.) Die Regierung hat ein sofort in Kraft tretendes Ausfuhrverbot für lebendes Rindvieh, Schafe, Ziegen erlassen, ferner für Fleisch und Schlachtabfälle von Pferden, Rindvieh, Schafen, Ziegen und Schweinen, für Konserven, Würst- und andere Fleischwaren, Eier, Butter, Rahm, Milch und Käse. Es ist nicht beabsichtigt, die Ausfuhr der genannten Waren zu verhindern, sondern die Regierung will nur eine Regelung der Ausfuhr ermöglichen, damit das Land in weitestem Umfange den Nutzen aus der Ausfuhr ziehen kann, den die jeweilige Lage erheischt.

### Militarisierung des Arbeitsverhältnisses in Oesterreich.

In Oesterreich wird jetzt eine eigentümliche Maßnahme eingeführt: Die Arbeiter verschiedener Privatbetriebe, so der westböhmischen Kohlenbergwerke, werden ohne Rücksicht auf ihr Militärverhältnis „einberufen“. Sie haben die gleiche Arbeit und an der gleichen Stelle zu verrichten wie bisher, werden aber unter militärischer Gehorsamspflicht und unter militärischer Disziplin und Gerichtsbarkeit gestellt. Diese Maßnahme findet im Gesetz keine Stütze; sie kann natürlich dazu führen, daß die Weigerung, zu den vom Vorgesetzten bestimmten Lohn- und Arbeitsbedingungen tätig zu sein, als Verbrechen der Meuterei usw. auf das schwerste bestraft wird. Es ist bemerkenswert, daß diese Praxis trotz dem verammelten Reichsrat gelöst wird, und bemerkenswert ist auch der Unterschied zwischen ihr und dem deutschen Hilfsdienst.

### Auf der Jagd nach Kanonensutter.

Wie aus Melbourne gemeldet wird, sagte dieser Tage in Bendigo der australische Premierminister Hughes, die Politik der australischen Regierung sehe sich wachsenden Forderungen nach Mannschaften für die Front gegenüber. Das Freiwilligen-System reiche für die Gegenwart nicht aus. Für seine nationale Sicherheit müsse Australien seine Divisionen in kampffähiger Stärke aufrechterhalten. Die Wähler Australiens würden um ihre Zustimmung zu folgenden Vorschlägen ersucht werden:

Das Freiwilligen-System wird fortbestehen. Der Monatsbedarf an Verpfändungen, der durch das Freiwilligen-System nicht gedeckt wird, wird durch Aushebung aufgebracht. Die Aushebung wird sich nur auf Ledige zwischen 20 und 44 Jahren und Männer, die kinderlos, Witwer oder geschieden sind, erstrecken. Jünger sind Ausnahmen bei Gewissensbedenken zugelassen, die jedoch nur für die kämpfenden Truppen gelten. Weitere Ausnahmen sind zulässig für Richter, Geistliche, Angestellte in notwendigen nationalen Betrieben und diejenigen, deren Einberufung für ihre Angehörigen eine unbillige Härte bedeuten würde. Die Regierung ist überzeugt, daß dieser Plan eine genügende Anzahl von Rekruten auf zwei Jahre beschaffen wird.

### Kleine Kriegsnachrichten.

Der neue englische Luftschiff. Nach der „Ball Roll Gazette“ hat der Bruder Lord Northcliffs, Lord Rothermere, das Angebot, an Stelle Goddards das Luftamt zu übernehmen, angenommen.

Wachsende Unruhe in Südtalien. Das Neapolitaner Blatt „Mattino“ macht die Regierung auf die stetig wachsende Unruhe unter der Landbevölkerung Südtaliens aufmerksam, die aus geographischer Unkenntnis den Feind schon nahe glaubt, weil sie annehme, daß der Tagliamento in der Nähe Neapels und nicht 1000 Kilometer weiter nördlich liegt.

### Der Totensonntag und die Hinterbliebenen.

Die Presse widmet am gestrigen Totensonntag den Gefallenen des Weltkrieges ein ehrendes Gedenken. Zugleich veröffentlichten zahlreiche Blätter, unter ihnen auch die „Nordd. Allgem. Ztg.“, einen Aufruf der Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen, der zu Sammlungen privater Wohltätigkeit auffordert. Leider aber enthält die „Nordd. Allgem. Ztg.“ in c Mitteilung, daß die Regierung aus Anlaß dieses vierten Kriegstotensonntags den Entschluß gefaßt habe, die kümmerlichen Renten der Hinterbliebenen aufzubessern.

Wie könnte es aber eine bessere Ehrung der Toten geben, als dadurch, daß die Gesamtheit sich ihrer Witwen und Waisen annähme? Was helfen die schwungvollsten Zeitaritel über die gefallenen Helden, wenn man duldet, daß ihre Kinder in Not sind? Ueber die Tatsache kommt man doch nicht hinweg, daß die Familien, die dem Staat das furchtbare Opfer, das Opfer ihres Erzieheres und Ernährers gebracht haben, unter diesem Opfer auch materiell dauernd aufs schwerste leiden müssen, während andere in diesem Kriege Schätze gehäuft haben, die Kosten und Kost verzehren. Es geht wirklich nicht ganz gerecht in der Welt zu — wer wollte es leugnen — aber ein bißchen mehr Gerechtigkeit könnte doch in sie hineingebracht werden, wenn man nur den Hinterbliebenen der Gefallenen die kümmerlichen Renten erhöhte!

Jeder neue Totensonntag wird in dieser Richtung für Staat und Gesellschaft eine bittere Mahnung sein!

### Die Kanzlerkandidaten.

Ihre Stellung zum Reichstagsbeschluss vom 19. Juli. Am Donnerstag und Freitag fanden in Offenbach und Mainz Massenversammlungen statt, in denen Genosse Scheidemann sprach. Beide Versammlungen nahmen mit großer Begeisterung eine Resolution an, die den Friedensbestrebungen der russischen Revolution die Solidarität ausdrückt und ihr energische Unterstützung gelobt.

In Offenbach kam Genosse Scheidemann auch auf die Vorgänge zu sprechen, die sich in der Zeit der Michaels-Arise abgespielt. In jener Zeit, sagte er, wäre eine Reihe von Persönlichkeiten aufgelaucht, die bei der Besetzung des Reichskanzlerpostens in Frage kamen. Unter ihnen sei aber auch kein einziger gewesen, der nicht seine Bereitwilligkeit erklärt hätte, seine auswärtige Politik entsprechend dem Friedensbeschluss des Reichstags vom 19. Juli einzurichten.

### Liebenswürdiger Vergleich.

Dem unmöglichen Versuch, einen Waffenstillstand, der zum Frieden führen soll, als eine rein militärische Angelegenheit dar-

zustellen, ist der „Vorwärts“ mit einem Zitat von Bismarck entgegengetreten, das neben der staatsrechtlichen auch die historische Berechtigung seiner Auffassung vollkommen darlegt. Die „Deutsche Tageszeitung“ versucht sich nun in einem Zeitaritel aus dieser unflämmernden Beweisführung herauszuwinden, wobei sie schließlich zu dem Ergebnis kommt: „Quod licet Jovi...“ Das ganze Zitat lautet: „Quod licet Jovi, non licet bovi.“ Auf deutsch: „Was dem Jupiter erlaubt ist, ist einem Ochsen nicht erlaubt.“ Die staatsrechtliche Kompetenz eines deutschen Reichskanzlers hängt danach von der mehr oder weniger liebenswürdigen Beurteilung ab, die ihm Herr Paul Voeder angedeihen läßt.

### Die Bergarbeiter fordern eine Erhöhung der Kartoffelration.

Aus Essen wird vom 23. November gemeldet: Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands, der Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter, die polnische Berufsvereinigung und der Gewerkschaft für Fabrik- und Handarbeiter haben an das Reichs Ernährungsamt eine Eingabe gerichtet, in der dringend um Erhöhung der wöchentlichen Kartoffelration auf 10 Pfund ersucht wird. Die Kartoffelration sei in diesem Jahre so gut gewesen, daß die zehn Pfund bei gutem Willen wirklich geliefert werden könnten. Wenigstens müsse diese Menge der Bevölkerung der Großstädte und Industriebezirke zur Verfügung gestellt werden. Auch gegen die sich bemerkbar machenden Substanzpreise für Kartoffeln müsse eingegriffen werden.

Für diese Forderung tritt beifällig und mit der gleichen Begründung auch der „Vorwärts“ ein. Die Berliner haben, wie in der Eingabe ja anerkannt wird, das gleiche Bedürfnis nach einer Aufbesserung ihrer Lebensmittellage wie die Bergarbeiter.

### St. Bureaokratismus als Feind des armen Mannes.

Tausende armer Leute haben sich, angeregt durch Aufforderungen in der Presse, nach der Ernte die auf den abgeernteten Feldern liegenden geliebten Ähren aufgesammelt. Die so mühsam zusammengekehrte Körnerfrucht sollte im Winter einen kleinen Zuschuß zu den so schmal zugemessenen Rationen geben. Dazu war aber nötig, daß das Korn gemahlen wurde, und hierzu war wieder eine Mahlmühle erforderlich. Um den armen Aehrenkammern die Möglichkeit der Verwertung ihrer Sammlungen zu geben, hatte der Kommunalverband Klensburg bei der Reichsgetreidestelle beantragt, daß an die Aehrenkammern Mahlmühlen ausgestellt werden dürfen. Dieser Antrag wurde abgelehnt, da auch das durch Aehrenlesen gewonnene Getreide für den Kommunalverband beschlagnahmt sei, in dessen Bezirk es gemahlen ist. Die Erteilung von Mahlmühlen könne nach § 64 der Reichsgetreideordnung nur für Selbstverfänger in Betracht kommen, weitere Anträge seien deshalb zwecklos.

St. Bureaokratismus ist hier von einer gewissenhaftigkeit, die man ihm wirklich ganz allgemein bei der Erfassung der Produkte wünschenswert. Sollte die genaue Durchführung der Bestimmungen bei den genannten Selbstverfänger nicht einträglicher sein? Wir lesen da in einem Bericht über einen Vaterländischen Abend in Schönberg l. N., in der getreiderreichen holsteinischen Provinz: „Auch wollen wir hervorheben, daß der Vaterländische Frauenverein, damit nicht nur die Seele Erquickung finde, große Schwaden Kunden geliefert hatte.“ Sollten sich die reichen selbstverfängernden Schönberger Bauern das Mehl für den Kuchen von den ihnen als Selbstverfänger zustehenden Quanten abgepart haben?

Unter Vorsensur gestellt wurde die „Arbeiterzeitung“ in Essen wegen des Berichts über die Friedensdemonstration, die am 19. d. M. in Essen mit dem Genossen Ebert als Referenten stattfand. Wann endlich wird die Presse nicht mehr über solche Maßregelungen berichten müssen, die doch nur dazu erfolgen, um wieder aufgehoben zu werden, mittlerweile aber eine ganze Menge unnötigen Schaden stiften!

Berechtigter. Wir geben den Tatbestand: Eine Familie im Bezirk Dypeln. Der Mann seit 2 1/2 Jahren eingezogen, der älteste Sohn seit 2 Jahren, sie erhalten je 58 M. Löhnung. Die Frau mit drei kleinen Kindern auf 50 M. monatliche Unterstützung angewiesen, kann nichts hinzuverdienen, da sie dauernd kränzlich ist. Sie läßt sich in der Not verleiten, aus dem Staatsforst Brennholz zu entnehmen, dessen Wert auf 87 Pf. geschätzt wird, wird erwischt, angeklagt, verurteilt und erhält vom lgl. Amtsgericht Rupp (Reg.-Bez. Dypeln) folgende Kostenrechnung zugesandt:

Gebühr für das Verfahren . . .	11,50 M.
Beraterlohn . . . . .	0,87
Geldstrafe . . . . .	85,—
	47,87 M.

Der Mann trägt uns aus dem Felde, wie er oder seine Frau das Geld von Löhnung und Unterstützung bezahlen sollen. Wir wissen es nicht. Aber es fällt uns auf, daß man hier die Strafe auf das 40fache des Betrages ansetzt, den die strafbare Handlung der Läterin Kugeln verdrängt hat. Wir erinnern uns zahlreicher Fälle von Kriegswucher, in dem die Geldstrafe kleiner ausfiel als der wunderliche Gewinn, den der Angeklagte aus dem strafbaren Geschäft gezogen hatte.

Ein gelber Kriegsbeschädigtenverband als Sozialistenkämpfer. Aus Dortmund wird uns geschrieben: Die wirtschaftliche Vereinigung Kriegsbeschädigter (Essen) tritt jetzt als Kommunalwählerpartei gegen die Sozialdemokratie auf. In Bradel bei Dortmund fand für einen im Felde gefallenen sozialdemokratischen Vertreter eine Ersatzwahl zur Gemeindevertretung statt. Während unsere Genossen annahmen, daß ihnen die Wiederbesetzung des erledigten Mandats kampfflos überlassen werden würde, traten am Wahltag nicht nur die Zentrumspartei, sondern auch die Ortsgruppe der „wirtschaftlichen Vereinigung Kriegsbeschädigter als Reichsbanner“ auf. Das Zentrum kam auf 30, die Essener auf 10 Stimmen, aber der sozialdemokratische Kandidat Bergmann blieb mit 49 Stimmen Sieger. Die besondere Mandatatur der Essener Kriegsbeschädigtenorganisation wird jedenfalls allgemein Aufmerksamkeit finden. Die Organisation hat jetzt die Masse völlig fallen lassen und gezeigt, daß sie, die eine Neuaufgabe der wirtschaftsfriedlichen Werkvereine unter Leitung eines Beamten von Strupp ist, die gelben Bahnen der Arbeitergerüstung geht.

### Letzte Nachrichten.

#### Bayerischer Landtag.

München, 25. November. Durch königliche Verfügung vom 22. November wurde die Dauer des Landtags bis einschließlich 30. April 1918 verlängert.

#### 14 Arbeiterinnen bei einem Fabrikbrande verletzt.

Mainz, 25. November. In der Metallwarenfabrik Busch brach gestern Abend ein Brand aus, der in kurzer Zeit wieder gelöscht wurde. Der Sachschaden ist gering, 14 Arbeiterinnen wurden leicht verletzt.

# Gewerkschaftsbewegung

## Die Teuerungszulage der Berliner Schneider.

Nachdem die Schneider Berlins erklärt hatten, daß sie mit den durch die beiderseitigen Zentralinstanzen vereinbarten Aufbesserungen der Teuerungszulagen nicht zufrieden sein können und eine weitere Erhöhung fordern, haben erneute Verhandlungen stattgefunden, die sich nur auf Berlin erstreckten. Ueber das Ergebnis dieser Verhandlungen berichtete Künze am gestrigen Sonntag in einer Mitgliederversammlung des Schneiderverbandes. Die Unternehmern haben weitere Zulagen auf bestimmte Tarifpositionen bewilligt. Die Zulagen sind für die oberen Tarifklassen höher als für die niederen. Dadurch ist — wie der Referent ausführte — die Ungleichheit einer für das ganze Reich und für alle Tarifklassen gleichmäßigen Zulage in gewissem Maße beseitigt, aber einen befriedigenden Ausgleich zwischen den Löhnen und den in Berlin besonders drückenden Teuerungserhältnissen hat auch die jetzt bewilligte Aufbesserung der Zulage nicht gebracht. Die Forderung der Berliner Schneider ist nicht voll erfüllt, sie sind deshalb auch jetzt noch nicht befriedigt, aber die Ordnerverwaltung in Liebereinstimmung mit den Vertrauensmännern empfiehlt die Annahme der Vereinbarung, weil unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein besseres Resultat nicht erlangt werden könne.

Die Vereinbarung gilt für die Herrenmodebranche. Die Arbeitgeber der Uniformbranche waren bei den Verhandlungen nicht vertreten und haben erklärt, keine weitere Zulage bewilligen zu können. In der Uniformbranche wird also der bereits beschrittene Weg: Anrufung des Kriegsausschusses, weiter verfolgt.

Die Unzufriedenheit darüber, daß die den Herrenmodebranchen bewilligten Zulagen nicht genügend sind, kam auch in der Diskussion allgemein zum Ausdruck. Aber schließlich stimmte die Versammlung aus den vom Referenten dargelegten Gründen den Vereinbarungen zu.

## Parteinachrichten.

Genosse Dr. Artur Schulz ist, noch nicht vierzigjährig, am 22. November in Königsberg i. Pr. einer Lungenerkrankung erlegen. Schulz, der sich namentlich als Agitator in einem geschätzten Namen erworben hatte, war der Sohn eines ostpreussischen Gutsherrn, wurde schon als Student Sozialdemokrat — und als solcher in Preußen gemahnt. Er nahm seine Zuflucht nach München, wo er sich nach Vollendung seiner Studien als Rechtsanwalt niederließ. Von dort veröffentlichte er zuerst in den „Sozialistischen Monatsheften“ seine Arbeiten über agrarpolitische Fragen, die wegen ihrer kritischen Stellungnahme zu überkommenen Auffassungen, aber auch wegen ihrer außerordentlichen Sachkunde Auffehen erregten. Während des Krieges hatte Schulz zunächst im Felde gedient und war dann dem Kriegsdienst in Königsberg zugeteilt worden. Die Partei verlor in ihm eine Kraft, die auch dort, wo sie sachlichen Widerspruch fand, anregend und aufrüttelnd wirkte. Die Probleme aber, die Schulz behandelte, werden erst nach dem Kriege zur rechten Aktualität gelangen, und bei ihrer Erörterung wird die Partei an den Arbeiten des Verstorbenen nicht vorübergehen dürfen.

## Groß-Berlin

### Kundgebungen für den Frieden.

Auf verschiedenen Plätzen Berlins haben am gestrigen Sonntag Kundgebungen für den Frieden stattgefunden, die namentlich im Norden der Stadt einen bedeutenden Umfang annahmen. Die Menge, die sich nach guter aller Gemohnheit von allen Ausschreitungen fernhielt, bewegte sich unter Hochrufen auf den Frieden und auf Karl Liebknecht durch die Straßen. An der Ecke Spandauer und Kaiser-Wilhelm-Straße kam es zu einem Zusammenstoß mit der Polizei, der wohl auf überflüssige Abwehrmaßnahmen zurückzuführen ist und zu einigen Verhaftungen führte.

Da das ganze Volk in dem Ziel, der Herbeiführung des Friedens, mit den Demonstranten einig ist und sich diesem Bestreben innerhalb des Reiches keine beachtenswerten Widerstände entgegenstellen, liegt kein Grund vor, solche Kundgebungen als „gefährlich“ zu behandeln. Sie sind nur der Widerhall der großen Begeisterung innerhalb einer zur Selbstdisziplin erzogenen Bevölkerung.

Wie würden uns freuen, bald von ähnlichen Kundgebungen aus Paris und London berichten und sagen zu können, daß der Friedenswille des Volkes auch dort auf die ausdauernde Politik des Landes einen so starken Einfluß gewonnen hat, wie jetzt schon in Deutschland. Dann wird es nicht mehr weit zum Frieden sein!

### Aus der Deputation für den Städtischen Arbeitsnachweis.

Mit dem Uebergang der Arbeitsnachweise des früheren Zentralvereins für Arbeitsnachweis in die städtische Verwaltung wurde die bis dahin bestehende Abteilung für Arbeitsnachweis aufgehoben und an ihrer Stelle die „Deputation für den Städtischen Arbeitsnachweis“ errichtet. Sie ist zusammengesetzt aus Mitgliedern des Magistrats, der Stadtverordnetenversammlung und Bürgerdeputierten, letztere je zur Hälfte aus Arbeitnehmer- und Arbeitgeberkreisen. Die Deputation hielt kürzlich in ihrer neuen Zusammenfassung ihre erste Sitzung ab. Der Vorsitzende Stadtrat Fischhof gab eine einleitende Uebersicht über die Entwicklung des Arbeitsnachweises in Berlin und schloß mit dem Wunsch eines dauernden harmonischen Zusammenarbeitens auf diesem Gebiete.

Schon feinerzeit, als die Uebernahme in die städtische Verwaltung beschlossen wurde, war von dem sozialdemokratischen Neben auf das unliebliche Verhältnis mit dem Verband Märktischer Arbeitsnachweise, der unter der Leitung des Vorsitzenden der Landesversicherungsanstalt Berlin Dr. Freund steht, hingewiesen und der Wunsch ausgesprochen worden, zwei Angelegenheiten von besonderer Bedeutung, die Frage der Beihilfenvermittlung in Groß-Berlin und die Uebernahme des von dem Verband Märktischer Arbeitsnachweise gegründeten Stellennachweises für Kaufleute, in einem für die Stadt Berlin günstigen Sinne zur Erledigung zu bringen.

Die Deputation nahm Kenntnis, daß eine Neuorganisation des Verhältnisses mit dem Verband Märktischer Arbeitsnachweise geplant und ein neuer Entwurf dieser Vereinigung eingereicht sei. Bei der Erörterung des Verhältnisses der Stadt zum Verband Märktischer Arbeitsnachweise zeigte es sich, daß in einzelnen bürgerlichen Kreisen noch recht unklare Vorstellungen über die Aufgaben Berlins als selbständige Gemeinde hinsichtlich der zu lösenden Fragen auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung vorhanden sind. So wünschte ein Mitglied der Deputation, der Leiter einer größeren Anstalt in Berlin, an dem bis jetzt bestehenden Verhältnis zwischen Berlin und dem Verband Märktischer Arbeitsnachweise nichts verändert zu sehen!

Ihm wurde von sozialdemokratischer Seite erwidert, daß die Stadt Berlin keine Ausnahmestellung genießen wolle, andererseits aber nicht geneigt sei, die ihr zustehenden Rechte dauernd durch den Verband Märktischer Arbeitsnachweise schmälern zu lassen. Die Ablehnung des feinerzeitigen Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung auf Errichtung eines Stellennachweises für Kaufleute sei ein schwerer Fehler gewesen, den sich der Verband Märktischer Arbeitsnachweise sofort zuunutzen gemacht habe.

Eine ausgiebige Erörterung zeitigte auch die Regelung der Befoldungsverhältnisse der Angestellten der Arbeitsnachweise, die bisher ein recht kümmerliches Bild zeigte. Daß die Vereinfachung der Befoldungsgrundzüge verhältnismäßig rasch und zum großen Teil günstig erfolgt, ist lediglich ein Verdienst der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion. Von ihr wurde unter Zustimmung der bürgerlichen Mitglieder der Deputation darauf hingewiesen, daß man keine Arbeitsvermittlung wüßte, die diese Tätigkeit bürokratisch erlernen. Auch der Nachwuchs der heutigen Arbeitsvermittlung müsse später aus den gewerblich tätigen Kreisen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber entnommen werden, die vor allem mit den technischen Eigenheiten des betreffenden Gewerbes vertraut sind. Das Anfangsgehalt der Vermittler beträgt 2700 M. steigt alle zwei Jahre um 200 M. bis zum Endgehalt von 4000 M. Zurzeit sind 24 solcher Stellen vorhanden; neu gefordert werden 5 Stellen. Die Deputation stimmte dann der Mietung neuer Räume für die Kriegsbetriebsvermittlungen zu und wollte noch die Wahlen zur Kriegsbetriebsvermittlung. Ihr gehören außer den bürgerlichen Mitgliedern die Genossen Ritter und Ritter an.

Unser Jugendheim. Im „Vorwärts-Haus“, Lindenstraße 3, ist am gestrigen Sonntag das neue von der Bezirksorganisation Groß-Berlin geschaffene Jugendheim mit einer eindrucksvollen feier eröffnet worden. Der im zweiten Hof links drei Treppen liegende Saal macht, bei aller Beschränkung, die die Kriegszeit der Ausstattung auferlegt, doch einen einladend freundlichen Eindruck und saß beinahe 150 Personen. Gestern Abend war aber wohl das Doppelte dieser Besucherzahl anwesend. Die zum größten Teil aus Jugendlichen bestehenden Gäste nahmen mit lebhaftem Beifall die Eröffnungsrede des Genossen Dittmer auf, der das Recht der Jugend auf freie Entwicklung betonte, zur Erfüllung der Solidaritätspflichten an der Arbeiterklasse mahnte, auf deren Kampfe die Selbstziehung des heranwachsenden Geschlechts vorbereiten soll. Das neue Heim solle dabei ein Mittelpunkt anregender Geselligkeit sein, von deren Programm die musikalischen und desamatorischen Vorträge, die den Abend umrahmten, gleich eine vortreffliche Probe boten. Die Arbeiterjugend bewies eine ruhige Erregung vor, Genosse Dornitz feststellte durch ausdrucksvolle Regitationen, und Frau Käthe Sengel-Fischer fand für ihre Lieber zur Seite ein beifolgendes Publikum.

Das neue Heim soll in Zukunft für alle jungen Arbeiter und Arbeiterinnen im Alter von 14—18 Jahren ein Ort der Erholung, der Anregung und geistigen Weiterbildung sein. Jeden Sonntag, 7 Uhr, wird ein Vortrag gehalten werden. Dienstag und Freitag, abends 8 Uhr, finden Spiel- und Unterhaltungs- oder Les- und Diskussionsabende statt. Jeder Jugendliche ist willkommen. Der Besuch ist unentgeltlich.

Kriegsgefangenen-Post. Zwischen Frankreich und der Schweiz besteht zur Zeit aus militärischen Gründen eine Grenzsperrung. Infolgedessen verzögert sich die Anbahnung der Briefe der Kriegsgefangenen und zwinternierten Deutschen in Frankreich an ihre Angehörigen. Ein Grund zur Beunruhigung liegt also in dem Ausbleiben von Nachrichten nicht. Die Grenzsperrung dürfte in Kürze wieder aufgehoben werden.

### Großfeuer in den Norddeutschen Werken.

In den bei Teltow gelegenen Norddeutschen Werken. G. m. b. H., brach am Sonntag kurz nach 8 Uhr abends ein Feuer aus, das infolge des heftigen Sturmes große Ausdehnung annahm. Genane Abschätzung des Materialschadens, ebenso die Feststellung der Ursache des Brandes ist bisher noch nicht möglich gewesen.

Durch die Stürme der letzten Tage sind viele Fernspreitleitungen gekürzt, so daß bis zur Inangriff genommenen Wiederherstellung der Leitungen die Gespräche noch außerhalb Verzögerungen erleiden werden.

Charlottenburg. Großfeuer. In dem Eckhaus Kantstraße 117-Krumme Straße 46 zu Charlottenburg kam gestern mittag ein gewaltiger Dachstuhlbrand zum Ausbruch. Als man

die Gefahr gegen 12 1/2 Uhr bemerkte, drangen aus sämtlichen Dachläufen des 16 Fenster kräftig haltenden Wohnhauses schon viele Rauchschwaden hervor. Die Charlottenburger Feuerwehr war mit mehreren Fahrzeugen schnell zur Stelle und griff das Feuer sofort mit mehreren Schlauchleitungen an. Um an den Brandherd zu gelangen, mußten an beiden Straßenseiten mechanische Leitern errichtet werden. Außerdem drangen die Kohrführer über drei Treppenhäuser vor. Obgleich unausgeseht Wasser gegeben wurde, dauerte es doch über eine Stunde, ehe das Feuer gelöscht war. Ein erheblicher Teil des Dachstuhles samt den Bodenräumen wurde verbrannt.

Charlottenburg. Die Ausgabe der allgemeinen Speisung, Spandauer Straße 8, wird vom Montag, den 3. Dezember, ab nach Kaiser-Friedrich-Straße 100 verlegt. Die Anmeldungen für die Woche vom 3. Dezember ab sind am vorhergehenden Freitag nach Spandauer Straße 8 zu bewirken.

Spanbau. Geflügelverkauf. Am Montag, den 26. d. M., von 8—12 Uhr vormittags, und, falls der Bedarf reicht, noch von 2—8 Uhr nachmittags, findet auf dem städtischen Schlachthof der Verkauf von geschlachtetem Geflügel statt.

In den durch Anschlag kenntlich gemachten Geschäften werden von heute ab 175 Gramm Kunstkönig zum Preise von 20 Pf. gegen Abtrennung von Feld 14 der Lebensmittelkarte abgegeben.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

Sozialdemokratischer Verein für Teltow-Beeskow, Bezirk Teltow-Baumshulenberg, Dienstag, den 27. November, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal früher „Ringeltaube“ in Teltow, Straßstr. 1: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Die gegenwärtige Lage der Organisation. Referent: Genosse Stieffenhöfer. 2. Beschlusfassung über die beantragte Beitragserhöhung. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder dringend erforderlich. Die Bezirksleitung.

## Theater.

### Schillertheater O.: „Im Hafen“. Von Georg Engel.

Wie in seinem bekannteren Drama „Ueber den Wassern“ zeigt Georg Engel, der Romanschriftsteller, auch in diesem vor etwa anderthalb Jahrzehnten entstandenen Stücke in Substanzlicher Art und Weise Theaterkunst und ein gewisses unbekanntes Draufgängertum, das Spannung, freilich eine ziemlich äußerliche, zu erzeugen weiß. Der alte handfeste orthodoxe Pfarrer des pommerischen Fischerdorfes, gewohnt, wenn ihm in Kreise der Gemeinde irgend etwas verdächtig vorkommt, mit einem christlichen Donnerwetter dreinzufahren, ist in seinem Gegenfuge zu dem jugendlich eigenwilligen, nach langer Wanderschaft heimkehrenden Lehrerjohn, der um seine an einem simplen Fischersmann verheiratete Jugendfreundin wirbt, eine vollstündig lebendige Bühnenfigur. Auch in der Zeichnung des pietistisch verkommenen Ehemannes, der eifersüchtig sein Weib beim Leben ihres Kindes schwören läßt, daß sie ihm Treue halten werde, in der der Frau und der der Mutter sind plastisch wirkungsvolle Jüge. Die Handlung — der Widerstand Hedwigs, die sich gebunden fühlt durch die Güte ihres Mannes und durch die Angst, der liebe Gott könne den Bruch ihres Schwures am Ende wirklich durch den Tod ihres Kindes strafen, ihr Unterliegen und das offene Bekenntnis ihrer Schuld — rollt sich in krasser, rasch bewegter Szenenfolge ab. Von einer organisch vertieften Ausgestaltung ist freilich nicht die Rede. Sie sehr das Ganze lebhaft auf den Effekt gestellt ist, tritt am deutlichsten in der gefühlvollen Schlusswendung hervor. Der Fischer kann es nicht begreifen, daß Gott zu solchem Prozedel stillgeschwiegen und das Kind verschont habe. Er will sich selber bei ihm Auskunst holen und stürzt sich mit der Kleinen in das Wasser.

Die von W. Kaban inszenierte Aufführung hat Gutes. Eise Waga gab der Ehebrecherin eine warmherzige, stille Annahm, die auch im Kampf der Leidenschaften Stützpunkt. Karl Elger war ein ausgezeichnete temperamentvoll-intoleranter Seelenhirt. Heinz Sengers Darstellung des Fischers ließ überzeugend den schmerzhaft sorgenvollen Grubensinn hervorleuchten. Ein kleines Kabinettstück der Charakteristik war Marie Gundros alte Mutter. e. k.

## Aus aller Welt.

### Schwere Stürme in Nord- und Ostsee.

Hamburg, 26. November. Hamburg und das Gebiet der unteren Elbe sowie die Nordsee und die westliche Ostsee werden seit Freitag abend von einem schweren Südweststurm heimgesucht, der in der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag am schlimmsten gelobt hat. Unaufhörlich dröhnt den Bewohnern der Hamburger Wasserante das Donnern der Signalgeschütze in die Ohren, die das gefährdrohende Steigen der Elbe anzeigen und die darauf hinweisen, daß für die niedrig gelegenen Stadtteile Sicherungen gegen zu erwartende Sturmfluten zu treffen seien. Der von Wellendrühen und Hagelschlägen begleitete Sturm hat stellenweise viel Unheil angerichtet. Bei Altona ist ein mit Lebensmitteln beladenes Fahrzeug untergegangen. An anderen Stellen haben sich Schuten und Leichter von ihren Trossen losgerissen; einige kleine Dampfer sind auf den Strand getrieben, was, soweit sich bis jetzt übersehen läßt, ohne Verluste von Menschenleben abgegangen ist. Auch am Sonntagmorgen blieb das Wetter stürmisch mit Regen und Hagelböen.

Verantwortlich für Politik: Erik Richter, Berlin; für den Bericht Teil des Blattes: Ulrich Götze, Berlin; für Anzeigen: Th. Götze, Berlin. Druck u. Verlag: Hermann Sauerländer u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW.

**Admirals-Palast.**  
Ballett auf dem Elbe  
7 1/2 Uhr  
**Ahrakadabra.**  
Vorzügliche Küche.

**Hämorrhoiden** — Mittel, 1000fach  
demüht ER. 4 —  
u. 7.50; Prosp. frei.  
Apoth. Lauensteins Versand,  
Spremborg L. 44.

**Uhren — Goldwaren**  
Piltz & Co., Lindenstr. 199.

**Alte Belonrhüte**  
Neidhüte, Flühüte  
werden wie neu  
auf modernste Formen  
umgeformt.  
Neue Outformen bis etc  
in Ecksteins Hutfabrik,  
Niedelstr. 29, an der  
Gartenstraße. Filiale:  
Wielandstr. 7, a. b. Romitr.

**Spezialarzt**  
Dr. med. Laabs  
Beh. Syphilis, grünl., mögl.  
schmerzlos u. ohne Berufshör.  
Geschlechtskrankheit, geheime  
Haut-, Harn-, Frauenleiden.  
Schwäche, Urprobleme Methoden  
Ehrlich-Hata-Karen, Harn- u.  
Blutuntersuchung.

**Königstr. 34/36.** Bahnhof  
Morganplatz  
Epr. 10—1 u. 5—8, Sonnt. 10—1

**Spezial-Arzt**  
Dr. med. Hasché,  
Friedrichstr. 90  
direkt am  
Stadthaus.  
Behandl. von Syphilis, Haut-  
Horn-, Frauenleiden, (pez.  
chron. Fälle, Ehrlich-Hata-Karen,  
Schmerzmittel, kürzeste Be-  
handlung ohne Berufshörung,  
Blutuntersuchung, Wäg. Brei,  
Teilzahlung. Sprechstunden 10  
bis 1 und 5—8, Sonnt. 11—1.

**Reufers Werte**  
3 Bände 2 M. Zug-  
zahlung Vorwärts

**Spezialarzt**  
Dr. med. Wockenfuß,  
Friedrichstr. 125 (Oranienb. T.),  
I. Syphilis, Harn- u. Frauenleiden,  
Ehrlich-Hata-Kur (Dauerlöt.),  
Blutuntersuch. Schnelle, sichere  
schmerzlos. Heilung ohne Berufs-  
störung. Teilzahlung. 252/12-2  
Sprechstund. 11—1 u. 6—12

**Lombard-Haus**  
H. Graf, Leipzigerstr. 75 11  
Vollständige Belebung  
Diskretion, Re-  
sultat Gelogen-  
heit, Uhren,  
 Brillanten,  
 Schmucksachen  
10—50%, unt. Ladenpr.

**Hautjucken**  
(Krätze) (wirksames  
Spezialmittel)  
8 M. Dopp. Portionen (2 Pers.) 10 M.  
Apoth. Lauensteins V. rz. Spremborg L. 44

**Spezialhaus für Uhren**  
Nachts leuchtende  
Militär-Uhren 6.99  
Kameras-Uhren 9.99  
Schweizer-Uhren 12.99  
Kavalier-Uhren 15.99  
Goldplatt-Uhren 20.99  
Silberne Uhren 25.99  
in größt. Ausm. genau regul.  
Zeit gabende  
Gehäuse 50—300 Stk.  
**E. Möbis**  
14 Brühlstraße 14  
(Verkauf nur im Laden)

**20% Rabatt**  
erhalten Vorwärts-  
Abonnenten, wenn  
sie bei Aufgabe von  
privaten kleinen  
angelegten Abonne-  
mentsquittung mit  
Gutschein vorlegen.  
5 Jahre Garantie.  
Jahresh. m. Bestab.  
bei Bestellung u. Gebissen gratis.  
Zähne ohne  
Zahnpraxis Halvani,  
Edle Schönig. Allee

**Automaten-Einrichter**  
für Heeresarbeit sofort gesucht  
von 1094 L.  
Spezialkonstruktionen Berlin-  
Steglitz, Birkbuschstr. 37/39.

**Erkrankterlöserinnen,**  
gebüht, lügen 105/18  
**Schmidt & Co.,** Zellstr. 13.

**Werkzeugmacher**  
Einrichter für Schrauben-Auto-  
maten suchen 105/14  
**Schmidt & Co.,** Zellstr. 13

**Steinmetz,**  
Gruntgriffhauer, tüchtig u.  
gewissenhaft, für Billigstellung  
sorgt gesucht. 10812  
**A. Neumann & Co.,**  
Lichtenberg, Am Zentralbahnhof,  
Gubrusstraße 4.  
**Prima Würstchen**  
a. Wurst a. Kaninchen- u. Ros-  
Hohsch. tadel. frisch. Pfd. 3.50 M.  
Nachb. Eilp.-Vers. Versand  
v. 5 Pfd. ab. Roschsch. Kaseri  
und Würstfabrik Arthur  
Schindler, Zwickau i. S. 1.

**Werkstattschlosser**  
für Reparaturen sofort gesucht.  
2731/\*  
**J. Degenhardt & Co. m. b. H.,**  
Berlin-Wittenau, Wittestr. 47/48.

**Letzte Neuheit.**  
Universal-Wasch- und Reinigungsmittel.  
Kein Ton! Kein Schwundel! Behördl. begutachtet!  
Zum Waschen der Hände u. Wäsche jeglicher Art.  
Als Bohrerersatz, Bohrerersatz, Reinigungs-  
mittel von Maschinen etc. 1062L\*  
Probieren 30 Pf. (Briefmarke), pro Pfund M. 1.50.  
Verlagshaus Paul Lexenschmidt, Berlin C, Gipsstr. 7.

**Spezial-Arzt** I. Geschlechtskrankheiten, Harn-  
leiden, Schwäche, Ehrlich-Hata-  
Kuren, Blut- und Harn-Untersuchungen. Institute:  
Potsdamer Str. 117 während d. Sommers 1/2-1/2, 10 U.  
abends, Sonntags 1/2-1/2, 10 U.  
abends, Sonntags 1/2-1/2, 10 U.  
abends, Sonntags 1/2-1/2, 10 U.  
abends, Sonntags 1/2-1/2, 10 U.  
abends, Sonntags 1/2-1/2, 10 U.  
**Aufklärende**  
Dr. med. Karl Reinhardt.